

- (A) Zusammenfassung in einem Träger schafft die dringend notwendige Voraussetzung für mehr interne Kooperation, ein verbessertes Auftreten in der Öffentlichkeit, die bessere Wahrnehmung gemeinsamer Anliegen und die Erleichterung von Neuaufnahmen unter einem gemeinsamen Dach – es gibt zum Beispiel bereits jetzt konkrete Überlegungen für ein neues Institut in Russland.

Für die Zukunftsfähigkeit der Institute ist die Zusammenfassung unter einem gemeinsamen Dach Voraussetzung. Die über teilweise mehr als 100 Jahre gewachsenen Strukturen der einzelnen Institute tragen den heutigen Anforderungen in einer global orientierten und modernen internationalen Forschungslandschaft hinsichtlich der Sichtbarkeit der Institute wie auch ihrer Kooperation untereinander nicht mehr hinreichend Rechnung. Teilweise waren die Institute bisher in der Form unselbstständiger Bundesanstalten organisiert – diese Rechtsform ist für Forschungseinrichtungen denkbar ungeeignet. Die Ausgestaltung von zum Beispiel administrativen Eingriffsrechten, wissenschaftlicher Selbstkontrolle, Beiratswesen oder Befristung von Funktionen entsprach in Details nicht mehr den heutigen vom Wissenschaftsrat geforderten Standards.

Den ab und zu laut werdenden Vorwurf des Zentralismus oder gar Dirigismus muss man sich wegen dieses Gesetzentwurfes nicht machen lassen – er ist unfair und entspricht nicht den Tatsachen. Die Zusammenfassung als solche unter einem Dach mit einem Stiftungsrat, der überwiegend mit Wissenschaftlern besetzt ist, kann nicht als Dirigismus bezeichnet werden. Das vorgelegte Gesetz fällt hinsichtlich der wissenschaftlichen Freiheit der einzelnen Institute hinter keine der bisher existierenden Regelungen zurück. Über die Abgrenzung der Aufgaben zwischen den örtlichen Verwaltungen und der gemeinsamen Geschäftsstelle besteht Konsens.

- (B) Auch die wissenschaftliche Freiheit der Institute ist nicht in Gefahr. Die Institute bleiben wissenschaftlich selbstständig – § 2 Abs. 2 des Gesetzentwurfes –, es gibt eine klare Abgrenzung zwischen den Befugnissen der Direktoren und den Befugnissen des Stiftungsrates, der als Aufsichts- und Lenkungsgremium konstruiert ist.

Ich möchte an dieser Stelle zum Abschluss hervorheben – ich habe dies auch im Bildungs- und Forschungsausschuss betont –, dass bei der Besetzung der Leitungsgremien die Vorschläge des Wissenschaftsrates in aller Konsequenz umgesetzt werden müssen. Der Wissenschaftsrat fordert ausdrücklich im aktiven Berufsleben stehende Persönlichkeiten zu berücksichtigen und betont – und das ist heute eine Selbstverständlichkeit – dass auch Frauen in den Leitungsgremien dieser Institute deutlich berücksichtigt werden sollen.

Werner Lensing (CDU/CSU): Den deutschen Geisteswissenschaftlichen Auslandsinstituten gebührt aus Sicht der Unionsfraktion schon immer eine besondere Priorität. Garantieren doch deren wissenschaftliche Leistungen eine würdige Repräsentanz Deutschlands im Ausland. Diese sind auf diese Weise willkommene Botschafter unserer geisteswissenschaftlichen Kultur. Nicht von ungefähr bescheinigt der Wissenschaftsrat den Auslandsinsti-

tuten in seinem jüngsten Gutachten ausdrücklich eine überaus erfolgreiche Arbeit und wissenschaftliche Qualität. Zu dieser exponierten Stellung erbrachten nicht zuletzt die jeweiligen Institutsdirektorinnen und -direktoren einen entscheidenden Beitrag. Mit deren persönlichem und fachlichem Engagement stehen und fallen die Qualität und damit die Außenwirkung der Auslandsinstitute. (C)

Daher erscheint es der Union besonders wichtig, die Freiheit und die Unabhängigkeit dieser Institute zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund sucht man überraschenderweise im Gutachten des Wissenschaftsrates vergeblich einen triftigen Grund, nach dem die Autonomie der Institute in einer derartig tief greifenden Art einzuschränken sei, wie es der vorliegende Gesetzesentwurf vorsieht.

Einer Optimierung der Synergieeffekte, wie vom Wissenschaftsrat vorgeschlagen, wird niemand widersprechen wollen. Dann sollte allerdings auch in voller Konsequenz des Vorhabens das Deutsche Archäologische Institut mit einbezogen werden.

So regt Herr Professor Dr. Einhäupl vom Wissenschaftsrat zu Recht an – siehe Ausschussdrucksache 14/585 –: „Die Zusammenfassung aller deutschen Geisteswissenschaftlichen Auslandsinstitute – neben den von BMBF finanzierten auch das vom Auswärtigen Amt finanzierte Deutsche Archäologische Institut und die zur Max-Planck-Gesellschaft gehörenden Bibliotheca Hertziana – in einem gemeinsamen institutionellen Verbund im Sinne einer Nutzung synergetischer Effekte und damit einer Stärkung der wissenschaftlichen Präsenz Deutschlands im Ausland zu erwägen“. (D)

Doch derzeit kann davon leider keine Rede sein. Offensichtlich ist in der rot-grünen Regierung eine effektive Verständigung über die Grenzen einzelner Ministerien hinweg kaum noch möglich. In Anbetracht dieser nicht zu leugnenden Verständigungsprobleme überrascht es nicht, wenn in letzter Zeit das Bundesministerium für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung erhebliche Schwierigkeiten hatte, freie Direktorenstellen mit kompetenten Persönlichkeiten zu besetzen. Offensichtlich waren die angelegten Auswahlkriterien nicht nur rein fachlicher Natur! Ansonsten hätte es keine Probleme bereiten dürfen, unter der Vielzahl hervorragender deutscher Historiker einen geeigneten Vorschlag für den vakanten Posten in Washington zu finden.

Offensichtlich spielten bisher bei der Auswahl der Direktoren die Vorstellungen des entsprechenden SPD-Arbeitskreises eine entscheidendere Rolle als die jeweilige fachliche Kompetenz der Bewerber. Die betroffenen Beiräte leisteten daher aus verständlichem Grund erbitterten Widerstand. Wie dünn in der rot-grünen Gefolgschaft die Personaldecke ist, brauche ich sicherlich vor diesen Hause nicht erneut zu erläutern.

Ich sage es mit gebotener Offenheit: Der gegenwärtige Stillstand ist für die Auslandsinstitute unerträglich. Daher darf auf keinen Fall die Neubesetzung der Direktorenstellen durch ideologisches Gezerre auf die lange Bank geschoben werden, da darunter auch die wissenschaftliche Arbeit zu stark leiden würde.